

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg  
M. 1.50. Durch die Post  
im Orts- und Oberamts-  
verkehr, sowie im sonst.  
inl. Verk. M. 1.80 m. Post-  
bestellgeb. Preise freibl.  
Preis einer Nummer  
10 J.  
In Fällen höh. Erwerb  
besteht kein Anspruch auf  
Lieferung der Zeitung ob-  
auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Poststellen, sowie Agen-  
turen u. Anzeigerinnen  
jederzeit entgegen.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Tele. Nr. 24  
D. N. - Sperrliste Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**  
Die einpaltige Zeile  
oder deren Raum 25 J.  
Reklame-Zeile 80 J.  
Kollektiv-Anzeigen 100  
Proz. Zuschlag. Offerte  
und Anzeigenlieferung  
20 J. Bei größeren  
Anträgen Rabatt, der  
im Falle des Mahner-  
fahrens hinfällig wird,  
ebenso wenn Zahlung  
nicht innerhalb 8 Tagen  
nach Rechnungsdatum  
erfolgt. Bei Tarifüber-  
tritten treten sofort alle  
früh. Vereinbarungen  
außer Kraft.  
Verichtsfond für beide  
Teile: Neuenbürg.  
Für tel. Austr. wird keine  
Gebühr übernommen.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Druck und Verlag der G. Weichhagen Buchdruckerei (Sabow D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 80. Samstag den 5. April 1930. 88. Jahrgang.

## Deutschland

**Berlin, 3. April.** Am Mittwoch nachmittag wurden in Kauen die Mörder des Gutsinspektors Matzber, die Kommunisten Schatz, Vogt, Irwin und Harnack, verhaftet. Sie sind sämtliche Mitglieder des Nationalfrontkämpferbundes und haben ihre Tat bereits eingestanden.

**Begeisterter Mithöndch der Bayerischen Volkspartei.**  
Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zur Entscheidung im Reichstag: Als ganzes genommen, hat sich der Reichstag auf seine Aufgabe besonnen, indem er durch sein Votum der Regierung den Weg zu normaler, verfassungsmäßiger Arbeit frei gemacht hat. Das Votum Dr. Brüning's ist geglättet. Dem können nur tatkräftigen Eingreifens in der verdiente Erfolg beschließen, zu dem man den neuen Kanzler herzlich beglückwünschen kann. Zum ersten Male seit langer Zeit ist wieder so etwas wie ein mitreißender Führerwille in der deutschen Politik fühlbar geworden.

**Abbau in Thüringen.**  
Weimar, 4. April. Bis jetzt sind bei den Sparmaßnahmen im thüringischen Verwaltungsapparat 3 Ministerialdirektoren, 11 Ministerialräte, 14 Oberregierungsräte, 4 Regierungsräte, 2 Hofräte, 2 Finanzräte, 8 Ministerialbeamten, 17 Sekretäre und ein Gendarmerie-Kommissar in den Wartestand, ferner einige ältere Beamte in den Ruhestand versetzt worden.  
General Debe warnt.

**Dresden, 3. April.** Zu der Zusammenkunft des Chefs der Generalsektion, des Generalobersten Debe, mit den Generalen, Offizieren und Infanterieoffizieren in der Infanterieschule erzählt die Dresdener „Volkzeitung“ von untrügerischer Seite folgendes: Generaloberst Debe hielt bei dieser Veranstaltung eine Ansprache, in der er sich vor allem mit zwei Punkten beschäftigte: Mit der verhältnismäßig großen Zahl der Selbstmorde in der Wehrmacht und mit der Stellung der Wehrmachtsoffiziere zur Republik. In der Frage der Stellung der Wehrmachtsoffiziere zur Republik wies der Generaloberst darauf hin, daß derjenige, der sich zur Offizierslaufbahn entschlossen habe, sich auch darüber klar sein müsse, daß er den auf die Republik freiwillig geleisteten Treueid unbedingt zu halten habe. Wer sich das nicht zutraue, für den sei in der Wehrmacht kein Platz. Dene ließ keinen Zweifel darüber, daß das Reichswehrministerium sehr zahlreiche Angebote von Offiziersanwärtern habe und durchaus nicht etwa auf die Söhne der alten monarchistischen Familien angewiesen sei. Wer Wehrmachtsoffizier werden wolle, müsse auf dem Boden der Verfassung stehen, sonst müsse er die Wehrmacht verlassen. Mit den Worten: „Bitte, meine Herren, die Tür steht heute offen“ schloß der Chef der Generalsektion seine Ermahnung an die Infanterieoffiziere.

**Der Schwärmer Nord vor dem Reichsgericht.**  
Leipzig, 3. April. Das Reichsgericht hat das freisprechende Urteil des Schwärmergerichts Schöner, vor dem sich der Deutscher a. S. a. D. Richard Giermann wegen Anstiftung zum Mord an dem vermeintlichen Spion der Schwarzen Reichswehr, Weber, zu verantworten hatte, aufgehoben und die Sache an das Schwärmergericht zurückverwiesen. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, von einem rechtswidrigen Angriff Webers am Tatort zur Zeit der Tat könne nicht die Rede sein. Es sei nicht erwiesen, daß B. am Tatort selbst im Besitz militärischer Geheimnisse war, ebensowenig, daß er unter den damaligen Verhältnissen Geheimnisse zu verraten im Begriff war. Der Angeklagte könne sich auch nicht darauf berufen, daß die Tötung des W. wegen einer künftigen drohenden Gefahr gerechtfertigt gewesen sei. Der Freispruch sei somit nicht zu halten.

**Die Berliner Presse zu der Rede Eugenbergs.**  
Die überraschende Wendung in der Haltung der Deutschnationalen gegenüber dem Kabinett Brüning wird in den Berliner Blättern eingehend besprochen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Das Ergebnis der heutigen Sitzung läßt sich in die zwei kurzen Sätze zusammenfassen: Die Entscheidung über das Kabinett Brüning ist vertagt. Eugenbergs hat eine schwere Niederlage erlitten. Die „Vossische Zeitung“ sagt: Dr. Brüning macht sich über Eugenbergs Drohungen zunächst kaum Sorgen. Wenn man schnell umgefallen ist, wie heute der deutschnationale Parteiführer, dann macht das Aufheben einige Schwierigkeiten. Zunächst entscheidend bleibt, daß das Kabinett Brüning jetzt die Möglichkeit hat, parlamentarisch zu regieren. Die „D. N. Z.“ erklärt: Wenn Geheimrat Eugenbergs zu der jetzigen Schwärzung sich entschlossen hat, so geschah das offensichtlich um die im äußersten Maße bedrohte Einheit der deutschnationalen Partei noch einmal zu retten. Praktisch bedeutete der Entschluß der deutschnationalen Fraktion einen großartigen Erfolg der Politik des Ministers Schiele und seiner Berater. Die „Berliner Börsenzeitung“ erblickt in der Rede Eugenbergs mehr den persönlichen Versuch, die nach dem letzten Ereignissen überraschende Stellungnahme des deutschnationalen Parteivorstandes vor den Wählern verständlich zu machen, als ein wahrheitsgetreues Spiegelbild der Auffassung der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Im „Völkercourier“ wird ausgeführt: Der Alles- oder Nichts-Politiker Eugenbergs, der unter jeder Bedingung das Kabinett zu Fall bringen wollte, ist unterlegen; aber der Parteivorstand Eugenbergs ist gerettet, keine Partei ist nicht zerfallen. Das christliche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ äußert sich: Das ganze ist ein Unfall, wie man ihn nicht für möglich gehalten hat. Einige der Radikalen im Eugenbergs-Lager sind entsetzt, sie machen auch

kein Hehl aus ihrem Mißvergnügen über dieses Vergehen ihres Führers. Bei den nationalsozialistischen Freunden Eugenbergs ist helle Empörung. Es wird ohne Zweifel zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen; so oder so, für Eugenbergs werden die Folgen verhängnisvoll sein. Der „Lokalanzeiger“ unterstreicht die Erklärung Eugenbergs, daß das Kabinett Brüning das Vertrauen der Deutschnationalen in keiner Weise besitzt. Die Kerngruppe der nationalen Opposition hat ihre Stellung völlig unverändert aufrecht erhalten. Sie hat nur gefordert, daß unbedingt erforderliche praktische Maßnahmen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern unverzüglich in dem Umfange wenigstens durchgeführt werden, der im Augenblick erreichbar ist. Ist dies geschehen, so hat es die deutschnationale Reichstagsfraktion in der Hand, in ihr richtig erscheinendem Augenblick die Konsequenz aus diesem Mißtrauen zu ziehen. Die „Deutsche Zeitung“ ist überzeugt, daß die deutschnationale Fraktion, die nur ein Jahrtausend bis Ostern ausgedauert hat, den Kampf aufnehmen wird, wenn die Frist bis dahin nicht wirklich für entscheidende Rettungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Landwirtschaft ausgenutzt wird. „So betrachtet, könnte das heutige Verhalten der deutschnationalen Fraktion als Ergebnis des Willens zur solchen Arbeit angesehen werden. Es wird sich spätestens bis Ostern zeigen, ob diese Auffassung gerechtfertigt ist.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ begnügen sich mit der Wiedergabe des Sitzungsberichts, ohne zu den Ausführungen Eugenbergs Stellung zu nehmen. Die Spätansage des „Vorwärts“ spricht von einer Katastrophe der Deutschnationalen Partei, die noch größer sei als die vom August 1924, da sie bei der Tagesabstimmung auseinanderfiel.

**Um die Deckungsvorlage.**  
Berlin, 4. April. Im Steuerauschuß des Reichstags, der heute den Kampf um die Deckungsvorlage aufnimmt, wird man voraussichtlich so vorgehen, daß man zuerst die kleineren Entwürfe, die Vermögens- und Benzolsteuern zu erledigen sucht. Da hierbei Schwierigkeiten nicht bestehen, so rechnet man damit, daß dieser Teil des Finanzprogramms mit wechselnden Wechsellagen angenommen werden wird. Beträchtliche Differenzen bestehen in der Frage der Biersteuer. Um der Bayerischen Volkspartei entgegenzukommen, will man sich bei der Erhöhung, die ursprünglich auf 75 Prozent lautete, mit nur 50 Prozent begnügen, und dafür die Umsatzsteuer von 0,70 auf 0,85 Prozent heraufsetzen.

## Ausland

**London, 4. April.** Auf der Londoner Konferenz sucht man fruchtlos nach einer rettenden Formel in der Sicherheitsfrage, jedoch ohne große Hoffnung, damit eine wirksame Abrüstung herbeizuführen.

**Romans über den Neuen Plan.**  
Brüssel, 4. April. Im Verlauf der gestrigen Senatsdebatte über die Doager Abkommen erklärte der Minister des Reichens, Romans, vor der Annahme der einzelnen Artikel: Die Doager Abkommen stellen einen Akt der Begeisterung, sondern der Überlegung dar, durch den eine gesunde Atmosphäre in Europa geschaffen werden soll. Indem wir der Räumung des Rheinlandes zustimmen, haben wir eine zeitliche Bürgschaft durch eine Dauergarantie ersetzt. Wenn Deutschland niemals anders handeln sollte, als es seine Unterschrift erfordert, so würde dies seine Stellung in der ganzen Welt ruinieren. Indem man vom Rhein fortging, hat man seine sehr ernste Sicherheitsgarantie aufgegeben. Es wäre falsch anzunehmen, daß Deutschland Dinge unternimmt, die der Verwirklichung von Versuchsplänen dienen. Darf man nicht, wenn man alle von der Vorkriegs- und Nachkriegs gebotenen Maßnahmen trifft, versuchen, zu einer Verständigung und zu gutem Glauben zu gelangen? Der Geist des Friedens hat in den letzten Jahren unbestreitbar große Fortschritte gemacht. Man muß doch Vertrauen zu den Verträgen haben, sonst muß man auf jede internationale Politik verzichten. Man sei also beruhigt! Belgien besitzt Bürgschaften seiner Alliierten. Wer nicht weiß, daß England ein Interesse jetzt und immer haben wird, Belgien zu unterstützen, würde damit einen Beweis der Unwissenheit liefern.“ Zum Schluß forderte der Minister des Reichens den Senat auf, die Doager Abkommen einstimmig zu ratifizieren.

**Thronwechsel in Aethiopien.**  
London, 4. April. In Addis Abeba ist im Alter von 54 Jahren Kaiserin Judith von Aethiopien gestorben. Sie war die Tochter Menelik's und bestieg nach der Absetzung ihres Neffen im Jahre 1916 den Thron. Während der letzten Jahre wurde Aethiopien durch den Neffen der Kaiserin, Ras Tafari, regiert, der, nachdem er einige Jahre den Titel Regent geführt hatte, im Jahre 1928 zum gemeinsamen Herrscher mit der Kaiserin proklamiert wurde. Ras Tafari hat Besitz vom kaiserlichen Palast ergriffen. Die Ruhe wird überall aufrecht erhalten.

**Gandhi's Aufruf zum passiven Widerstand.**  
London, 4. April. Gandhi hat Instruktionen erteilt, daß der passive Widerstand der Massen in allen Teilen Indiens am Sonntag zu beginnen hat, an welchem Tage er beabsichtigt, das Gesetz über die Salzsteuer in Salalapur zu verstoßen.

**Stalin's Experiment mißlingen.**  
Moskau, 4. April. Die radikalen Maßnahmen Stalins zur Rettung der Lage auf dem linken Lande werden soeben durch einen neuen Erlaß des Zentralkomitees ergänzt, der weitgehende Erleichterungen für die Mitglieder von Kollektiv-

iven bringt. Außerdem hat Stalin eine umfangreiche programmatische Erklärung im Auftrage der Parteileitung gegeben, die die Union gegenüber der Kollektivbewegung autoritativ festlegt. Beide Maßnahmen sind in erster Linie veranlaßt durch die einkläufige Bewegung in der Kollektivierung der Landwirtschaft in den letzten 4 Wochen. Nachdem die Kollektiv-Mitgliedern wieder Privatbesitz von Kleinvieh, Wirtschaften und ähnlichem gestattet worden war, nachdem Liebesgriffe anderer Parteiorgane in den Dörfern verübt waren, hat ein erheblicher Teil der in die Kollektivwirtschaft gezwungenen Bauern diese wieder verlassen. In einzelnen Gegenden des Moskauer Bezirks ist die Zahl der Kollektivwirtschaften von 71 Prozent auf 25 Prozent gesunken, und man erachtet partiell, daß die Kollektivbewegung überhaupt zahlenmäßig einen Rückschlag von 20 Prozent, das heißt von rund 50 auf rund 40 Prozent der Bauernwirtschaft in den letzten Wochen erlitten hat. Die heutige Erklärung Stalins spiegelt den entzündeten Wutmar deutlich wider und gibt auch ausdrückliche zu, daß selbst in manchen führenden Parteikreisen lebhafteste Besorgnisse bestehen, daß das Kollektiv-Experiment zusammenbrechen könnte. Die Erlasse lassen die Lage zu retten, indem sie in aller Schärfe die Ausschaltung aller politischen Motive bei der Kollektivierung fordern und das ganze Schwergewicht auf die landwirtschaftlichen Notwendigkeiten legen. Stalin fordert, daß die ganze Arbeit nicht auf die Steigerung der Zahl der Kollektive gerichtet wird, sondern auf ihre gesunde Durchorganisation. Man müsse den Mut haben, sagt Stalin, seine Irrtümer einzusehen und ihre Folgen vollständig zu beseitigen. Der gegenwärtige radikale Kurs einzelner Parteimitglieder auf den Dörfern habe dazu geführt, daß große Massen von mittleren Bauern, die man als Bundesgenossen bei der Kollektivierung brauche und die das Fundament der Kollektive werden müßten, abgeworfen wurden. Dadurch würde die erstrebte Zusammenarbeit der Bauern mit dem Proletariat und überhaupt die Erhaltung der proletarischen Diktatur gefährdet werden können. Die praktischen Maßnahmen der neuen Erlasse gehen darauf aus, durch weitere Erleichterungen für die mittleren Bauern, die gegenwärtig vor der Frage ihres Wiedereintritts stehen, zu dem Verbleiben in den Kollektiven Anreiz zu bieten. Dabei werden alle Steuern auf kollektiviertes Arbeitsvieh für die nächsten 2 Jahre erlassen, ebenso alle Steuern auf das in Privatbesitz verbleibende Vieh der Kollektivmitglieder. Ferner werden alle Schulden und Jubiläumsschulden der Kollektivmitglieder gestundet bis zum Ende des Wirtschaftsjahres. Das Maß ihrer späteren Einziehung soll von dessen Ergebnis abhängig sein. Endlich werden alle Gerichtsverfahren und Zahlungsverfügungen wegen Nichterfüllung landwirtschaftlicher Aufbringungen für alle Kollektivmitglieder gestrichen. Eine Reihe anderer kleinerer finanzieller Erleichterungen für die Kollektivmitglieder verfolgt den gleichen Zweck, die massenhaften Austritte aus den Kollektiven jetzt unmittelbar vor dem Beginn der Saatkampagne einzuschranken und dem statistischen Durchschnittsergebnis Einhalt zu tun.

## Aus Stadt und Bezirk.

**Sonntagsgedanken.**  
Ein Dornchen und Ähren.  
Religion ist das Dornchen des Schülers auf die mit flüsternde, aber wie schweigende Stimme Gottes, der in allem, in kleinstem und in Größtem, redet, und dessen Sprache nicht auf die Paragrafen einer für alle gültigen Grammatik abgezogen, aber von jedem gehört und verstanden werden kann, der sie hören und verstehen will. Sie ist Heimgabe, die bitter-süß, wie eines Atems Steigen und Fallen rittlos durch die Seele webende Sehnsucht des Kindes nach Hause zu kommen. Vagard.  
Sehnend und fühlend  
füllen wir ahnend  
das Unbegreifliche  
in unser Selbst. D. Verch.  
Mit dem Hunger nach der Unendlichkeit wird der Mensch geboren; er stirbt ihn früh. Aber wenn er in die Jahre des Bestandes kommt, erstickt er ihm meist leicht und schnell. Es gibt angenehmere und nahrhaftere Sachen auf der Welt. Rante.

**Neuenbürg, 4. April.** (Landwirte, versichert euch gegen Hagel!) Ein Erlaß des Wirtschaftsministeriums über die Hagelversicherung besagt: Der württ. Staat hat mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin ein Abkommen getroffen, wonach die Gesellschaft dem Wirtschaftsministerium das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der württembergischen Prämientarife sowie des Einbilds in ihre gesamte Geschäftsführung eingeräumt und sich verpflichtet hat, alle württembergischen Landwirte auf Antrag gegen Hagelschaden zu versichern. Die Gesellschaft erhebt von ihren württembergischen Mitgliedern für das Jahr 1930 zusammen mit der Vorprämie einen Zuschlag von 80 v. H. der Vorprämie zu Gunsten des württ. Staates, der die Rückkaufspflicht gegenüber der Gesellschaft übernommen hat. Die württembergischen Mitglieder der Gesellschaft sind damit von jeder Rückkaufspflicht befreit. Es muß erwartet werden, daß von dieser außerordentlich günstigen Gelegenheit des Versicherungsschutzes gegen Hagelschaden in größtem Ausmaße Gebrauch gemacht wird. Gerade die letzten Jahre haben dem Landwirt die Größe und Schwere des wirtschaftlichen Schadens von Hagelschäden leider nur zu deutlich vor Augen geführt. Die kümmerliche Lage, in der sich die Landwirtschaft

Neuenbürg  
... zu der an  
Uhr, im Gasthau  
... mmlung  
... sind:  
Gewinn- und Ve  
Aufsichtsrats,  
des Reingewinn  
... Anträge.  
gem. § 39 Abs.  
Mitglieder im G  
... and: Trostel.  
... e. V.  
... 8 Uhr,  
... onzert  
... Festhalle.  
... des Vereins.  
Herzog.  
... gehörigen pro  
gramm;  
RM. einschl.  
... nkt 1/2 8 Uhr.  
... r.  
... Angehörigen  
höflichst ein  
... usschuß.  
... Die neuen  
... nen-Hüte  
... 5.90 7.90  
... nur von  
... g, Pforzheim  
... berg 7  
... laden von Krüger  
& Wolff.  
... arten-Album  
... her bis feinsten An  
führung.  
... che Buchhandlung



aus aufgenommen  
Polizei und des  
verleben.  
sich-Eine mittel,  
ot eine Mittelmeer-  
Der Weg soll von  
nach Corsica, Si-  
ch Freischiffen  
sich am Jung-  
anflug beschloß  
verpfehligen In-  
zufolge, bei zwei  
den Fernsprecher  
an dem einen Ta-  
e in einer näher  
sollten, von dem  
e in einem Papier-  
folien. Die An-  
schicklich werden  
prengen. Die Pa-  
neue Anschläge zu  
Dreizehnenge-  
gehieren nachmittags  
sige Reichsdrucker-  
verhaftet worden.  
hat, nach einer  
die Ausweisung  
ghahst in Lörach,  
sekretär der kom-  
beden hatten trotz  
Kriegsfrontämter-  
e an den kommuna-  
boten sei, verhaftet  
genommen. Köhler  
ren Kleider.  
dass ein Teil der  
neuen zu zahlen.  
Die Bevölkerung  
se auf die Polizei  
und zwei Ein-  
mehrere Personen  
Clouges ergebnis-  
sigen Ermittlungen  
worden.  
ichen Parteiführer  
slichen Fraktionen  
er schließlich in  
Kleberländer  
nicht teilzunehmen  
folge der Haltung  
lauer mehr das  
en habe.  
o Santiago (Calle)  
han in der Nähe  
Landeshof von 18  
and gepfl. Ter-  
le.  
zur Zeit in Lake-  
sionenordnung  
Süd- und Nord-  
nach Wien zu  
pella Co. fahren  
anreisen.  
dul ein Anhänger  
den vor die Anst-  
t wurden.  
und Hochampton  
el mit 30 000 Wp.  
der Australischen  
e. Tausende be-  
sich in der be-  
unter auch solche,  
erklärten. Wirt-  
schaften des Kop-  
bedeutet und der  
en zwischen dem  
t. Die Gemein-  
sine Spaltung-  
sei gebaut wor-  
ins Verhältnis  
eigen keine Ja-  
gehen, und sich  
telligen. Dabei  
nur an solche  
berenden Linien  
er wolle sich bei  
in A.G., die die  
ingen mit der  
Stadt müßte  
bringen. Dazu  
der Staat, ein  
ttigart nach Sp-  
reg zu erreichen.  
den Landtag die  
in Angelegenheit  
den weiteren  
Stadt abwarten  
in (Soz.) wurde  
wegen des im  
Korcor. Der  
berkschlagnng des  
Justizminister  
ter kein Unrecht  
st niederschlagen  
und Dr. Söw-  
gung eintreten.  
Nächste Land-  
Dritte Lesung  
e Anfrage betr-  
ttigart beraten.  
rien.  
s Reichstags be-  
lagen, zu denen  
Wendungen des  
tassersteuer, die  
Ausbringung-  
Kraftfahrzeug-  
steuer eröffnete  
sich die Deckungs-  
des Staats 1930  
etwas 200 RM.  
es etwas höher  
ausgaben wird  
RM, möglicher-

weise auf 315 Millionen Mark erhöhen. Das hängt auch von der Gestaltung des Etats für 1930 ab. Die Biersteuererhöhung um 75 Prozent wird nach der Schätzung für das erste Jahr, mit einem Konsumrückgang gerechnet, 240 Millionen bringen, von denen 150 Millionen an das Reich und 90 Millionen an die Länder fallen. In dem Reichshaushalt, wonach nicht der Gesamtetat nach dem Aufkommen, sondern 75 Prozent davon nach dem Aufkommen und 25 Prozent nach der Bevölkerungszahl den Ländern überwiesen werden soll, wird das Kabinett noch Stellung nehmen und vielleicht eine Doppelverlagerung einbringen. Der erhöhte Kaffee- und Teesoll bringt 8 Millionen, der Benzin- und Benzolsoll 65 Millionen, wovon 25 Millionen an das Reich, 40 an die Länder fließen sollen. Da gleichzeitig der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer von 15 auf 10 Prozent herabgesetzt werden soll, würden auf die Länder der 10-11 Millionen weniger fallen, so daß die 10 Millionen tatsächlich eine Ueberweisung von 30 Millionen an die Länder bedeuten. Dazu kommt für Benzin und Benzol aus der inländischen Produktion eine Steuer, die auf 180 Mark bemessen wird. Der Reichswirtschaftsrat hat darüber schon beraten und die Vorlage wird auch in diesen Tagen dem Reichstag zugehen. Aus dieser Steuer ist eine Einnahme von 16 Millionen Mark zu erwarten. Die Gesetzentwürfe über die Verzärtung der Zehlfahrtstermine bei der Tabak- und Zigarettensteuer bei gleichzeitiger Aushebung der Tabak- und Zigarettensteuer sollen eine Einnahme von 30 Millionen bringen. Aus der Industriebelastung sollen dem Etat selbst 50 Millionen zufließen, während weitere 30 Millionen zu einem Restposten für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Schließlich soll noch die Mineralwassersteuer 10 Millionen bringen. Zusammen ergeben diese Vorlagen ein Aufkommen von 336 Millionen für das Reich. Auf die Länder entfallen 170, nach Streichung der 10 Millionen infolge der Herabsetzung der Kraftfahrzeugsteuer um 100 Millionen, so daß den Ländern 120, den Gemeinden 40 Millionen zufließen. In Vorbereitung ist ein Ermächtigungsgesetz, das die Regierung ermächtigen soll, die Kapitalertragssteuer zu mildern, sobald der Zeitpunkt dazu gekommen ist. Beides soll das Einfließen ausländischen Kapitals erleichtern. Die Rentendankzinsen der Landwirtschaft sind vom 1. April d. J. bereits aufgehoben. Notwendig ist die möglichst beschleunigte Verabschiedung der vorliegenden Gesetze. Bis Ende nächster Woche, also vor Beginn der Osterferien, müssen die Deckungsvorlagen verabschiedet sein, weil sonst die in der Sanierung begriffene Rassenlage wiederum in erhebliche Unordnung geraten würde. Infolge des späteren Inkrafttretens der Gesetze durch die Neubildung der Regierung tritt ein Anfall von mindestens 2 Millionen ein. Für dieses Jahr stehen also 301 Millionen zur Verfügung, die dem oben angeführten Defizit entsprechen. Die Regierung legt Wert darauf, daß auch das Brauereiverkehrssteuergesetz möglichst bald verabschiedet wird. Die Ausdehnung des am 1. Januar 1929 beginnenden Hauptfischereijahres zum Grund des Reichswirtschaftsgesetzes und die weitere Hinmusschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichsbeiträge werden nicht als Deckungsvorlagen zu betrachten, sondern sollen nur ein weiteres Zinsen der Einnahmen verhindern.

#### Kittalohndebatte im Reichstag.

Berlin, 1. April. Der Reichstag setzte heute die zweite Beratung des Kittalohndebates fort, die er wegen der Regierungskrise hatte unterbrechen müssen. Der neue Wirtschaftsminister Dietrich empfahl die Vorlage, so wie sie aus dem Ausschuss hervorgegangen ist, zur Annahme. Da das Gesetz dem Kittalohndebate Steuern will, ohne das Gewerbe zu schädigen, mußte man die goldene Mittelstraße einschlagen. Mit dem Gesetz sind, wie zu erwarten war, weder die Kittalohndebate noch die Interessenten zufrieden. Davon zeugt auch der Tisch des Hauses, auf dem sich Berge von Petitionen aus beiden Lagern türmten. Es gab eine ausgedehnte Diskussion, in der die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes einer eingehenden Kritik unterzogen wurden. Verschiedene Vertreter wandte sich gegen die im Gesetz vorgesehene generelle Festsetzung der Polizeistunde auf 1 Uhr und forderte, daß die Regelung der verschiedenen Schichtzeiten den Völkern entgegenkommenderweise werde. Das Gesetz sieht zwar „Ausnahmefälle“ vor, aber die treffen eigentlich auf jede größere Stadt zu. Schwere Schäden für die Landwirtschaft, die auf den Bau von Roggen, Kartoffeln und Getreide angewiesen ist, befürchtete der Abg. Dänke von der Christlich-Nationalen Bauernpartei. Die Sozialdemokraten wiederum legten den Schwerpunkt auf die Arbeitslosenbestimmungen. Das Verbot des Trankamtwins an Lohntagen fand vielfach Zustimmung. Auch die Bayerische Volkspartei hatte nichts dagegen. Der Volkspartei-ler Wides ließ es sich an der Hand historischer Materialien anlegen sein, die sozialdemokratische Behauptung zu widerlegen, daß es in Deutschland 300 000 registrierte Trankführer gebe. Am Dienstag soll die dritte Beratung vor sich gehen.

#### Ankunft der „Europa“ in Bremerhaven.

Bremerhaven, 1. April. Wegen 1/2 Uhr nachmittags kam die „Europa“ in Sicht. Kurz nach 2 Uhr machte sie an der Columbus-Rampe fest. Trotz des schlechten Wetters hatten sich viele Hunderte von Seemannsangehörigen eingefunden. Im Trostendekelrestaurant fand eine Begrüßungsfeier statt. Senator Dr. Döbel begrüßte das Schiff im Auftrag des bremischen Senats. Es sei der „Europa“ gelungen, so betonte er, den Atlantischen Ozean westwärts mit der gleichen Schnelligkeit zu überqueren, wie sie von der nach glücklicher erster Reise hier vor 8 Monaten bewillkommneten „Bremen“ offiziell erreicht wurde. Commodore Johnson dankte namens der Besatzung für den herzlichen Empfang. Es wurde ein Begrüßungsprogramm an Rudolf Blohm gerichtet, der sich zurzeit auf dem Hoopdampfer „Albert Balkin“ befindet. Die Stadt Bremerhaven hatte schon vorher in der Wohnung des Commodore Johnson als persönliches Geschenk eine silberne Schale mit roten und weißen Blumen überreichen lassen.

#### Der Mord in Sorarno.

Sorarno, 1. April. Der von Lugano nach hier übergeführte Luigi Cecchini, der gestern nachmittags seine Frau in der Nähe von Sorarno erschossen hatte, behauptete bei seiner Vernehmung, die Tat während eines Streites verübt zu haben. Diese Angabe steht in Widerspruch mit den Aussagen von Frau De. Köppler, der Mutter des Opfers, nach deren Meinung der Täter mit Vorbedacht gehandelt habe. Man hat bei diesem eigen Bericht an die italienischen Behörden in Domodossola gehalten, in dem er von der Wollstet spricht, die Grenze zu überschreiten, um durch italienische und nicht durch schweizerische Behörden angeurteilt zu werden. Die Hochzeit Cecchini hatte erst im November v. J. in Florenz stattgefunden. Cecchini kurze Zeit darauf verließ Frau Cecchini ihren Mann und lebte zu ihren Eltern nach Berlin zurück. Cecchini folgte ihr dorthin nach und machte hier seiner Frau Andeutungen über Selbstmordabsichten, um sie von ihrem Entschluß zurückschrecken abzubringen. Das gelang ihm indessen nicht. Frau Cecchini war vor 4 Tagen in Sorarno eingetroffen und hatte ihrer Mutter mitgeteilt, sie beabsichtige, sich (selbst) zu töten.

#### Die Königin von Schweden.

Kon., 1. April. Königin Viktoria von Schweden ist am Freitag abend um 7 Uhr infolge eines Herzschlages gestorben. Der König von Schweden, der sich zu einem Ausflug nach Neapel begeben hatte, war vom Leibarzt der Königin noch rechtzeitig von der bevorstehenden Katastrophe benachrichtigt worden und weilte am Bett der Sterbenden. Die Erkrankung der Königin hatten sich in den letzten Tagen schon häufiger als sonst wiederholt, ihre Erscheinungszustände waren immer besorgniserregender erschienen. Immer wieder schien aber ihre erhabliche Konstitution die Überhand gewinnen zu wollen. Sie hat deshalb keinen leichten Tod gehabt. Die entscheidende Krise legte heute früh nach dem Aufwachen ein, aber man hätte sich nicht gewundert, wenn sie sie auch diesmal wieder überwunden hätte. Königin Viktoria von Schweden wurde am 7. August 1862 geboren. Sie war beinahe eine halbe Prinzessin und Kaiserin Wilhelms I. Am 20. September 1881 fand ihre Vermählung mit König Gustaf V. statt. Königin Viktoria war bekanntlich seit Jahren schwer krank und verbrachte die letzte Zeit des Lebens wegen fast ausschließlich in Italien. Auf ihren Reisen nach dem Süden besuchte sie jeweils ihre badische Heimat, wo die künigliche Frau heute noch viel Sympathien bezieht. Am Freitag hat die Königin, deren Herzschwäche und Wohlbefinden sich seit Jahren schwer krank und verbrachte die letzte Zeit des Lebens wegen fast ausschließlich in Italien. Auf ihren Reisen nach dem Süden besuchte sie jeweils ihre badische Heimat, wo die künigliche Frau heute noch viel Sympathien bezieht. Am Freitag hat die Königin, deren Herzschwäche und Wohlbefinden sich seit Jahren schwer krank und verbrachte die letzte Zeit des Lebens wegen fast ausschließlich in Italien. Auf ihren Reisen nach dem Süden besuchte sie jeweils ihre badische Heimat, wo die künigliche Frau heute noch viel Sympathien bezieht.

#### General Frensch bei Clemenceau.

London, 1. April. Die englische Sozialistin Lady Barwick macht heute im „Daily Herald“ im Hinblick auf die durch die Veröffentlichung von Lord Carnocks Biographie gemachten Enthüllungen weitere Mitteilungen darüber, daß England und Frankreich bereits vor dem Kriege über eine Verlegung der Neutralität und einen Durchmarsch durch Belgien Verabredungen getroffen haben. Lady Barwick erklärt, daß 4 Jahre vor dem Kriege Lord Frensch bereits angefangen habe, Deutsch zu lernen, weil er überzeugt war, daß ein Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei. Er habe Lady Barwick zu jener Zeit aufgefordert, ihn mit Clemenceau in Verbindung zu bringen, da sie mit Clemenceau aus dessen Journalistenzeit der gut bekannt war. Die Unterredung, bei der sie als Dolmetscherin mitgewirkt habe, habe im Zimmer von Clemenceau stattgefunden. Clemenceau habe gegenseitig Freundschaftsverbindungen mit Frensch erklärt, was ihm die sentimentale Entente nahe, ihn interessiere, wieviel Raum im Falle eines Krieges mit Deutschland an die Front gebracht werden können. Frensch habe hierauf ziemlich nervös davon gesprochen, daß 400 000 Mann zur Verfügung ständen. Clemenceau habe hierauf erklärt, daß die französische Öffentlichkeit die englisch-französische Freundschaft als ganz neuartig würde, wenn die Zahl nicht auf eine Million erhöht werden würde. Darauf hätten Frensch und Clemenceau Landkarten zum Vorschein gebracht und war über den Krieg gesprochen. Clemenceau habe erklärt, daß die englischen Truppen in Dünkirchen landen und durch Belgien in Deutschland einmarschieren müßten. Frensch wies hierauf auf den Neutralitätsvertrag mit Belgien hin, worauf Clemenceau erwiderte: „Verträge tun nichts zur Sache, wenn es um Krieg kommt.“ Später erklärte Clemenceau, daß die Franzosen durch Verlegungen hindurch angreifen würden, während die englischen Truppen den Vorstoß durch Belgien nehmen. Lady Barwick berichtet, daß sie König Eduard VII. über diese Unterredung informiert habe, obgleich sie vertraulich war. Lady Barwick erklärt ferner, daß sie beabsichtigt habe, diese Unterredung in einem im vorigen Jahre von ihr veröffentlichten Buch aufzunehmen. Ihr Verleger Duttonson hätte sie jedoch darauf hingewiesen, daß England hierdurch in ein sehr schlechtes Licht gerückt werden würde, und sie habe sich daher entschlossen, diesen Teil aus ihrem Buch zu streichen.

#### Der Zeppelin-Dienst über den Ozean.

New York, 1. April. Neben den kommenden Transatlantischen Zeppelin-Dienst der 1932 aufgenommen werden soll, werden nunmehr Einzelheiten bekannt. Danach sollen 2 deutsche und 2 amerikanische Luftschiffe, die sämtlich in ihren Ausmaßen größer sein werden als das Luftschiff „Graf Zeppelin“, vorläufig in den Dienst gestellt werden. Der Fahrpreis soll nur das Doppelte des Preises für die erste Klasse der Schnelldampfer betragen. Die Luftreise von Europa nach Amerika soll 3 Tage dauern, die Rückfahrt von Amerika nach Europa dagegen nur 2 Tage. Jedes Luftschiff wird bis zu 50 Fahrgäste befördern können. Auch soll infolge einer Neuerung eingeführt werden, als die Luftschiffe mit besonderen Apparaten ausgestattet werden sollen, an denen Vorklappungen angebracht werden können, wodurch eine noch schnellere Beförderung der Ueberseefahrt erfolgen würde.

Alle 8 Tage ein neues Parfüm! Ein neuer Fortschritt auf dem Gebiet der Parfümerie: „Loba“ und „Lobalin“, Loba ist ein reines Parfüm, das unter Verwendung von Balsam-Terpentin hergestellt wird. Nach dem Gebrauch von Loba-Parfüm (Parfüm) oder Loba-Parfüm (in den Farben: gelb, grün, rot, braun, grau und blau) ist der Fußboden mit einer unfaßbaren Wachsblut überzogen, die das Holz schützt. Es gibt keine Flecken, keine Fußspuren mehr an dem Boden, und das häufige Schrubben mit Seife und Soda entfällt. Für Parfüm-Böden, Holzböden, Laubböden und zum Aufputzen von abgetretenen Einweilen geeignet. Loba: Das höchste chemische Reinigungsmittel - zum Reinigen von Böden und Treppen. Es löst den Schmutz rasch und sorgfältig auf - der Boden ist wieder rein.

Reichsfressende Pflanzen. Wie harmlos sieht manche Wäpfe aus, wie entzückend in ihrer Farbenprachtigkeit. Nicht einmal die oft etwas bizarren Formen stören uns. Und doch, wenn wir Näheres hören, läßt uns ein kleiner Schauer über den Rücken. Es sind Reichsfresser! Nicht in dem allgemeinen Sinne, aber doch in der Art, daß sie von Tieren, hauptsächlich Insekten, leben, die sie sich einlagern. Darüber gibt uns eine kommende Serie der Erdal-Bücher Aufschluß. Aufrecht auf Erdal-Bücher hat jeder beim Einkauf der in Deutschland am meisten gebrauchten Erdal-Säuberer und ebenso beim Kauf von Völkern-Wald. Für das Sammeln der Bilder gibt es Beiramen: Zupfalle, Bilder, Wandharmonikas, Sparrische und vieles andere. Prämienverzeichnisse und Näheres gratis und franko durch Werner & Mery A.G., Kretzhaus Serientbilder, Mainz.

#### Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Engländer“ werden fortwährend von allen Pölkernhalten, Agenturen und unseren Austräger entgegengenommen.

### Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Schönbürg O.N. Neuenbürg belegenden, im Grundbuch von Schönbürg, Heft 98, Abt. I Nr. 13 und 14, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Gottlieb Friedrich Dehlschlager I, Bauern in Schönbürg, und seiner Ehefrau Dorothae, geb. Weber, daselbst, je zur Hälfte

eingetragenen Grundstücke:  
Parzelle 127: Nadelwald, Laubgehölz, Dede und unbef. Weg im Eulenloch oder Brand, 3 ha 25 a 25 qm,  
Parzelle 134: Nadelwald im Laubhölz, 47 a 33 qm,  
am **Mittwoch den 9. April 1930, vormittags 10 Uhr**, auf dem Rathaus in Schönbürg versteigert werden.  
Die Grundstücke wurden am 14. Februar 1930 gemeindefällig geschätzt, und zwar Parz. 127 zu 3100 RM, und Parz. 134 zu 500 RM.  
Der Versteigerungsvermerk ist bezüglich der Hälfte des Ehemanns am 15. Januar 1930 und bezüglich der Hälfte der Ehefrau am 29. Januar 1930 in das Grundbuch eingetragen worden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Bei Zwangsvollstreckungen findet in der Regel nur ein Termin statt.  
Neuenbürg, den 20. Februar 1930.  
Kommissär: Bezirksnotar Klett.

### Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen wiederholt versteigert werden am  
**Donnerstag den 12. Juni 1930, nachmittags 2 Uhr**, auf dem Rathaus in Neuenbürg die auf Markung Neuenbürg belegenden, im Grundbuch von Neuenbürg, Heft 541, I, Nr. 10 und 16, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Wilhelm Fauth, Schreiners in Springen, eingetragenen Grundstücke:

Ob. 451 mit Parz. 814: 3 a 26 qm Bohnhaus mit Werkstatt und Hofraum, Böschung und Garten,  
Parz. 815: — a 33 qm Grasrain,  
alles in unteren Hausäckern,  
gemeindefällig geschätzt am 8. Mai 1928  
auf. zu —. 20 000 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. November 1929 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 3. April 1930.  
Kommissär: Bezirksnotar Fald.  
Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch den 9. April 1930** stattfindenden

**Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt** ergeht Einladung.  
Die üblichen gesundheitspolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körben und Kisten zu bleiben, welche vor der ärztlichen Untersuchung nicht geöffnet werden dürfen.

Calw, den 3. April 1930.  
Stadtschultheißenamt: Göhner.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Birkenfeld.**  
Zu unserer am **Sonntag den 6. April**, abends 7 Uhr, im Hotel „Schwarzwaldrand“ stattfindenden

### Frühlingsfeier

laden wir die Einwohnerschaft von Birkenfeld freundl. ein.  
Der Ausschuss.

